



Mechthild Rawert

Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied im Ausschuss für Gesundheit
Sprecherin der SPD-Landesgruppe Berlin

Mechthild Rawert, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Anwesend:

Dr. Fritz Felgentreu, MdB
Dr. Ute Finckh-Krämer
Cansel Kiziltepe, MdB
Klaus Mindrup, MdB
Mechthild Rawert, MdB
Swen Schulz, MdB

Anne Bohnet, Stephan Bünger, Gerd Miethank, Marius
Niespor, Petra Nowacki, Markus Pauzenberger, Tom
Schreiber, MdA (alle AG QueerSozis)

Matthias Geisthardt, Uwe Oehm, Lars Rauchfuß, Daniel
Schwarz

Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Unter den Linden
Raum 5.027

 (030) 227.737 50

 (030) 227.762 50

 mechthild.rawert@bundestag.de

Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin-Tempelhof

 (030) 720 13 884

 (030) 720 13 994

 mechthild.rawert@wk.bundestag.de

www.mechthild-rawert.de

Berlin, 27.04.2015

Protokoll zur Sitzung der LG Berlin am Freitag, 17.04.2015, 10.00 Uhr, UdL 50, Raum 2010

Gespräch mit dem Landesvorstand der AG QueerSozis/Schwusos

Mechthild Rawert eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden, insbesondere die Vertreterinnen und Vertreter der AG QueerSozis. Auf ihre Anregung erfolgt eine kurze Vorstellungsrunde.

Mechthild Rawert schildert zunächst den Sachstand der queerpolitischen Themenstellungen und geht dabei auf die vorab von der AG aufgelieferten Fragen ein. Sie betont, es sei erklärtes Ziel der SPD-Bundestagsfraktion, **100 % Gleichstellung** zu erreichen und die Öffnung der Ehe zu realisieren. Dabei müsse der CDU/CSU-Bundestagsfraktion jeder einzelne Fortschritt in zähen Verhandlungen abgerungen werden. Im Koalitionsvertrag sei vereinbart, dass "bestehende Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften und von Menschen auf Grund ihrer sexuellen Identität in allen gesellschaftlichen Bereichen beendet werden" sollen. In diesem Zusammenhang erläutert sie den vorliegenden Referentenentwurf für ein Gesetz zur Bereinigung des Rechts der Lebenspartner.

Mit dem Koalitionspartner hätten bisher, häufig auch gegen dessen anfänglichen Widerstand, folgende Erfolge realisiert werden können:

- Wahl eines Güterstandes bei Eingehung der Lebenspartnerschaft,
- kleines Adoptionsrecht für leibliche Kinder des Lebenspartners, Sukzessivadoption
- kleines Sorgerecht des Lebenspartners für in der Partnerschaft lebende Kinder,

- gesetzliche Sozialversicherung (gesetzliche Kranken und Pflegeversicherung, Rentenversicherung, d. h. Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung),
- Änderungen beim Mietrecht,
- Verbesserungen bei Auflösung der Partnerschaft: Trennungsunterhalt, nachpartnerschaftlicher Unterhalt, Zugewinnausgleich, Versorgungsausgleich,
- Anpassung von Erbrecht und der Einstieg in die Gleichstellung im Erbschaftssteuerrecht.

Bei der Verabschiedung des Gesetzes zur vollständigen steuerlichen Gleichstellung von Lebenspartnerschaften am 5. Juni 2014 habe Sie in einer persönlichen Erklärung zusätzlich die Positionen der SPD klar gemacht, die gegen Widerstände der Unionsfraktion nicht durchsetzbar waren.

Hinsichtlich der **Förderprogramme des Bundes** hebt Mechthild Rawert zunächst die Arbeit der "Bundesstiftung Magnus Hirschfeld" hervor. Mit Beschluss des Bundeshaushalts sei eine Erhöhung des Stiftungskapitals erreicht worden, um die Aufklärungs- und Forschungsarbeit der Stiftung ausbauen zu können. Ein Erfolg sei auch die Kooperationsvereinbarung der Bundesstiftung mit der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen sowie weiterer PartnerInnen.

Wichtig sei weiterhin, dass die Bekämpfung von Homophobie und Transphobie in den Nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus aufgenommen wurde. Im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben!" werden vom BMFSFJ drei Berliner Projekte gefördert: „MSO inklusiv!“ des Migrationsrates Berlin-Brandenburg e.V., „ALL INCLUDED – Museum und Schule gemeinsam für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt“ des Jugend Museums Schöneberg und „Trans* Visible – Wissen und Support für Akzeptanz – gegen Gewalt“ von TransInterQueer e.V. Die Laufzeit der Förderung beträgt fünf Jahre. Zudem sollen Vernetzung und Empowerment der existierenden Trans*verbände und Selbsthilfegruppen mit dem Schwerpunkt der Kinder- und Jugendarbeit gestärkt werden. So erhalte das Jugendnetzwerk Lambda e.V. Mittel zur Initiierung eines bundesweiten Dachverbands. Außerdem fördere das Bundesministerium die Studie „Coming out ... und dann?! Coming-out-Verläufe und Diskriminierungserfahrungen von lesbischen, schwulen, bisexuellen und trans* Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland“. Aus den Ergebnissen der Studie sollen empirisch gestützte Handlungsbedarfe und Handlungsempfehlungen zur Unterstützung von LSBTI* Jugendlichen abgeleitet werden.

Als ein Beispiel für die zahlreichen finanziellen Aspekte der Gleichstellungspolitik erläutert Mechthild Rawert die aktuelle Diskussion um die Übernahme der Reproduktionskosten für unverheiratete Paare.

Mechthild Rawert berichtet zu den bereits vorab mit der AG QueerSozis ausgetauschten **Terminen der bevorstehenden CSD-Saison** und hebt dabei folgende Tage hervor:

- Dienstag, 12. Mai 2015
Verleihung des Magnus-Hirschfeld-Preis
Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee
- Sonnabend, 6. Juni 2015
Respect Gaymes
10.00 bis 22.00 Uhr, Jahn-Sportpark, Cantianstr. 24

- Sonnabend, 20. Juni und Sonntag, 21. Juni 2015
24.Lesbisch-schwules Stadtfest /Motzstraßenfest mit Infoständen
- Sonnabend, 27. Juni 2015
CSD Demonstration, Beginn 12.30 Uhr, Kurfürstendamm
- Sonnabend, 8. August 2015
Lesbischswules Parkfest Friedrichshain
Ort: Volkspark Friedrichshain, Infostand, 15.00 - 22.00 Uhr

Als weitere eigene Veranstaltungen und Initiativen betont Mechthild Rawert ihr Sommerfrühstück mit MultiplikatorInnen der queeren Community, "Fraktion-vor-Ort"-Veranstaltungen sowie Projektbesuche. Zu Beginn der Saison sollen am 4. Juni 2015 verschiedene Veranstaltungen zu einem Queer-Tag gebündelt werden. Auch stehe sie in regelmäßigem Austausch mit Stuart Milk zur Planung dessen nächsten Besuchs in Berlin.

Zum Themenkomplex **queere Flüchtlinge** erläutert Mechthild Rawert zunächst die Problemlage: So führten die Strukturen in den Flüchtlingsunterkünften zu Konflikten für queere Flüchtlinge, die aufgrund fehlender Sensibilisierung von MitarbeiterInnen in Behörden, Ämtern und Unterkünften und der häufig großen räumlichen Distanz zu existierenden LGBTI*-Strukturen nicht hinreichend gelöst würden. Ein offener Umgang sei deshalb für die oft traumatisierten lesbischen, schwulen, transsexuellen, transgender und intersexuellen Flüchtlinge in den Gemeinschaftsunterkünften nur schwer möglich. Dies sei für diejenigen, die vor Diskriminierung aus ihren Herkunftsländern geflohen sind, besonders belastend.

Mechthild Rawert erläutert weiter die Rechtslage und verweist auf entsprechende Entscheidungen der Gerichte. Durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH) sei 2013 ein Asylrecht für verfolgte LGBTI* grundsätzlich festgestellt worden, die tatsächliche Umsetzung gestalte sich jedoch schleppend. Beklagt würden häufig zurückgewiesene Asylanträge wegen „mangelnder Glaubwürdigkeit“ und die als demütigend empfundenen Befragungen.

Da nach wie vor Aufklärungs- und Handlungsbedarf bestehe, werde sie die Unterstützung queerer Flüchtlinge gemeinsam mit der AG QueerSozials in die Planung ihres Queer-Tags am 4.6.2015 integrieren. Auf Ebene der Landespolitik werde zudem demnächst eine Anhörung im Berliner Abgeordnetenhaus (Ausschuss AIF) erwartet.

Mechthild Rawert berichtet zu **Intersexualität und Transsexualität** zunächst von dem bereits 2014 durch Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig eingerichteten Referat „Gleichgeschlechtliche Lebensweisen, sexuelle Identitäten“ im BMFSFJ. Das Querschnittsreferat koordiniere die Informationsbündelung und den Wissenstransfer aller Bundesministerien. Im Herbst 2014 sei die interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) Inter- und Transsexualität eingerichtet worden, die sich auf Grundlage der Vereinbarungen des Koalitionsvertrages zum Ziel gesetzt habe, mit allen beteiligten Bundesministerien konkrete Verbesserungen für inter- und transsexuelle Menschen zu erarbeiten.

In der 3. Sitzung der IMAG „Intersexualität/Transsexualität“ sei klar geworden, dass die Bundesärztekammer (BÄK) mit ihrer (der IMAG am 17. Februar 2015 vorgestellten) Stellungnahme grundsätzlich einen Paradigmenwechsel in der medizinischen Diagnostik und Behandlung vollziehe: Weg von der möglichst

frühzeitigen Genitaloperation, hin zur Wahrung des Selbstbestimmungsrechts des intergeschlechtlichen Kindes.

Mechthild Rawert berichtet weiter, dass an der Neufassung der Leitlinie „Varianten der Geschlechtsentwicklung“ der Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften e.V. (AWMF), die Ende April 2015 abgeschlossen werden soll, erstmals auch Vertreterinnen und Vertreter von Selbsthilfegruppen intergeschlechtlicher Menschen beteiligt gewesen sein. Nach aktuellem Diskussionsstand werde die Leitlinie den Inhalten der Stellungnahme der BÄK entsprechen.

Die medizinische Versorgung intergeschlechtlicher Menschen nach dem Zentrenmodell des Nationalen Aktionsbündnisses für Menschen mit seltenen Erkrankungen (NAMSE) werde von allen Sachverständigen befürwortet. Man plane derzeit die Einrichtung von vier bis sechs solcher Zentren.

Im Familienausschuss des Deutschen Bundestags habe sich 2014 eine Interfraktionelle Gruppe gebildet, die aufbauend auf den umfassenden Vorarbeiten aus der letzten Legislatur (siehe z.B. BT-Drs. 17/13253) konkrete Verbesserungen für intersexueller (Klein-)Kinder in den Fokus nehme. Gemeinsam mit den Arbeitsgruppen Gesundheit und Recht sollen das Selbstbestimmungsrecht intersexueller Minderjähriger gestärkt und geschlechtsangleichende OPs bei Babies und Kleinkindern verboten werden. Gleichzeitig soll das Informations- und Beratungsangebot sowohl für intersexuelle Menschen und ihre Angehörigen als auch für die Öffentlichkeit insgesamt ausgebaut werden.

Schließlich koordinierten in einer weiteren interministeriellen Arbeitsgruppe das Bundesinnenministerium und das Bundesfamilienministerium die im Koalitionsvertrag vereinbarte Erweiterung des Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus um die Merkmale Homo- und Transphobie.

Mechthild Rawert berichtet zudem von ihrer Funktion als Chairperson im *Sub-Committee on Disability and Inclusion* der Parlamentarischen Versammlung des Europarats. Im Entwurf liege ein sehr fortschrittlicher Bericht zur "Diskriminierung von Transgendern in Europa" vor, der Maßnahmen bezüglich der Antidiskriminierungsgesetze, der rechtlichen Anerkennung der Geschlechtszugehörigkeit, Geschlechtsumwandlungen und Gesundheitsversorgung sowie Information, Sensibilisierung und Schulung vorsehe.

Betreffend das **Regenbogenfamilienzentrum** berichtet Mechthild Rawert von dem Besuch mit Bundesministerin Manuela Schwesig am 22. November 2014. Insbesondere solle die Rechtssicherheit bezüglich der Situation der Kinder im 1. Lebensjahr verbessert werden. Das Referat "Gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Sexuelle Identitäten" des BMFSFJ habe dazu die „AG Abstammungsrecht“ eingesetzt, die im Januar 2015 erstmals tagte.

Mechthild Rawert setze sich zudem für eine weitere Förderung des Zentrums nach Auslaufen der dreijährigen Projektfinanzierung durch die Stiftung Deutsche Klassenlotterie ein. Dies sei auch anlässlich des 2. Geburtstags des Regenbogenfamilienzentrums am 15. März 2015 deutlich geworden. Für die Anliegen von Regenbogenfamilien werde auch am Internationalen Regenbogenfamilientag (3.5.), bei den Respect Gaymes (6.6.), dem CSD (27.6.) und beim Schöneberger Regenbogenfest (12.9.) weiter geworben.

Die SPD setze sich weiterhin für die **Entschädigung der Verurteilten nach §175 StGB** ein. Allerdings sei das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des

Deutschen Bundestags von November 2014, wonach verfassungsrechtliche Bedenken gegen ein Amnestiegesetz bestünden, als Rückschritt zu werten. Da die CDU/CSU-Fraktion keinen Handlungsbedarf sehe, seien die Forderung der SPD, die rund 54.000 betroffenen Männer zu rehabilitieren, bisher am Koalitionspartner gescheitert.

Hinsichtlich der **Beflaggungsverordnung** und des Streits in 2014 um das Hissen der Regenbogenflagge sei kein Fortgang zu beobachten. Die Landesgruppe unterstütze auch weiterhin das Vorhaben, zu Beginn der Pride Weeks die Bundesministerien entsprechend zu beflaggen und werde sich aus diesem Anlass im Vorfeld der Saison an die BundesministerInnen wenden.

Mechthild Rawert erläutert, dass die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Gleichstellung der Lebenspartnerschaften auch Auswirkungen auf das **Melderecht** habe. Die SPD-Fraktion habe daher die Initiative ergriffen, die arbeitsrechtliche Nutzung von Meldedaten durch Religionsgemeinschaften auszuschließen, um die Beschäftigten kirchlicher Arbeitgeber zu schützen. Das novellierte Bundesmeldegesetz werde zum 1. November 2015 in Kraft treten.

Mechthild Rawert berichtet weiter, die SPD habe sich erfolgreich für mehr Mittel für die AIDS-Prävention, Aufklärung und Forschung eingesetzt. Im Haushalt 2015 stünden insgesamt rund 13,5 Millionen Euro zur Verfügung, 325.000 Euro mehr als im Vorjahr. Zum Welt-AIDS-Tag am 1. Dezember 2014 seien mit einer interfraktionelle Aktion von Bundestagsabgeordneten auf das Thema aufmerksam gemacht und Spenden gesammelt worden. Zugleich sei die Kampagne „Positiv zusammen leben“ des BMG, der BZgA, der Deutschen AIDS-Hilfe (DAH) und der Deutschen Aids-Stiftung (DAS) gestartet.

In der anschließenden Aussprache bestätigt Mechthild Rawert auf Nachfrage von Markus Pauzenberger, dass die Umsetzung des gemeinsamen Ziels von 100 % Gleichstellung mit dem Koalitionspartner nicht realistisch sei. Gleichwohl seien bei einzelnen Themen wie etwa der Reproduktionsmedizin oder der Pflege Fortschritte erzielt worden.

Markus Pauzenberger würdigt die diesbezüglichen Anstrengungen der SPD-Bundestagsabgeordneten und unterstreicht, dass die AG QueerSozIs diesen Einsatz ausdrücklich anerkenne. Mit Blick auf die queere Community müsse dies noch stärker kommuniziert werden. Er bitte außerdem darum, für die Verleihung des Magnus-Hirschfeld-Preises am 12. Mai 2015 zu werben und ggf. auch für die Übernahme der Schirmherrschaft zur Verfügung zu stehen. Zu den hervorgehobenen Terminen der CSD-Saison soll die Teilnahme der Bundestagsabgeordneten abgesprochen und über die jeweiligen Veranstaltungstage verteilt werden.

Markus Pauzenberger, Petra Nowacki und Tom Schreiber berichten zu den Vorbereitungen auf den Christopher Street Day. Die AG QueerSozIs werde sich mit einem eigenen Wagen am Umzug des "großen" CSD beteiligen. Auch hätten diesbezüglich Gespräche mit der Senatskanzlei und zahlreichen anderen Beteiligten stattgefunden, um das Netzwerk zur Unterstützung des CSD zu stärken. Man sei sich einig, dass der CSD auch ein Veranstaltungs-Highlight mit Ausstrahlungskraft für die Stadt Berlin sei.

Anne Bohnet erläutert das Anliegen der QueerSozIs, auch bei Detailfragen etwa zur Verwaltungspraxis voranzukommen. Es sei nicht nachzuvollziehen, dass etwa das

Finanzamt gleichgeschlechtliche Paare mit der Anrede "Herr und Frau" adressiere. Markus Pauzenberger unterstreicht hierzu den Vorschlag, eine weitere Kategorie einzuführen, um keine eindeutige Zuordnung zu den Kategorien "männlich" oder "weiblich" erzwingen zu müssen. Ein diesbezüglicher Antrag läge auch der Landesdelegiertenkonferenz der AG vor.

Tom Schreiber berichtet zu der am 27.4.2015 anstehenden Befassung mit queeren Flüchtlingen im Ausschuss für Gesundheit und Soziales des Berliner Abgeordnetenhauses. Er halte eine Anhörung auch der Träger der Einrichtungen für geboten und wolle dabei die Berichte aller Beteiligten vor Ort berücksichtigen. Zudem schlage er vor, in den Gemeinschaftsunterkünften verstärkt mehrsprachiges Informationsmaterial vorzuhalten.

Stephan Bünger bittet die Bundestagsfraktion, weiterhin an der Frage des Asyls dranzubleiben. Gerade weil mit der CDU/CSU-Fraktion vieles nicht zu erreichen sei, müssten die Forderungen der SPD noch deutlicher kommuniziert werden. Er schlage dazu die Erstellung einer Broschüre vor.

Klaus Mindrup greift die Frage der Kommunikation nach außen auf und versichert, die SPD-Bundestagsfraktion werde weiterhin aktiv für ihre Positionen werben. Zu vielen Aspekten bestehender Diskriminierung gebe es zudem die Möglichkeit, den Petitionsausschuss zu befassen.

Petra Nowacki berichtet zu den angesprochenen Formularen der Finanzämter, dass im Falle Tempelhof-Schönebergs die MitarbeiterInnen eine handschriftliche Korrektur der Anrede vornähmen.

Die prominenten queerpolitischen Themen seien auch vom Schwuso-Bundesverband mit zahlreichen Bundestagsabgeordneten beraten worden. So sei etwa hinsichtlich des Transsexuellengesetzes verabredet worden, wenigstens Vorbereitungen zur Novelle zu unternehmen, auch wenn die Umsetzung am derzeitigen Koalitionspartner scheitere. In der Frage der Rehabilitierung nach § 175 StGB verurteilter Menschen halte sie das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes für eine verheerende Entwicklung, der mit wissenschaftlichen Erkenntnissen, so z.B. jenen des Genossen Rüdiger Lautmann, begegnet werden müsse.

Markus Pauzenber berichtet zum Thema queere Flüchtlinge von der Beteiligung von LesMigras an der bevorstehenden Landesdelegiertenkonferenz. Auch werde die AG am 22. Mai 2015 diesbezüglich eine Veranstaltung organisieren. Es wird vereinbart, die Inhalte und Ergebnisse dieser Veranstaltung mit jenen der Veranstaltungen am Queer-Tag von Mechthild Rawert abzusprechen und zu verknüpfen.

Tom Schreiber stellt die Aktivitäten der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus dar und erläutert die dort beschlossenen Anträge, u.a. zu Inter- und Transsexualität, die noch vor der Sommerpause eingebracht werden sollen. Weitere Initiativen werden auch zu den Haushaltsberatungen folgen. Hinsichtlich des Regenbogenfamilienzentrums habe es auch auf Landesebene schon Gespräche gegeben. Alle Beteiligten würden den Bedarf und die gute Arbeit der Einrichtung anerkennen und an Lösungsvorschlägen arbeiten.

Markus Pauzenberger greift die strittige Diskussion um die Beflaggung von Dienstgebäuden mit der Regenbogenflagge und unterstützt die diesbezügliche Initiative der Landesgruppe gegenüber den BundesministerInnen. Petra Nowacki weist

darauf hin, dass die Beflaggung bundesweit uneinheitlich geregelt werde, das rechtliche Problem bisher ungeklärt und mittelfristig anzugehen sein. Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg nutze zur Lösung des Problems andere als die hoheitlichen Fahnenmasten. Tom Schreiber bekräftigt, dass es auf Landesebene große Unterstützung für die Beflaggung gebe. Auch sei zum CSD ermöglicht, dass PolizistInnen als Zeichen ihrer Unterstützung in Uniform am Umzug teilnehmen. Swen Schulz unterbreitet hinsichtlich der Regenbogenflagge den Vorschlag, auch das Reichstagsgebäude in Betracht zu ziehen und erläutert die für Liegenschaften des Bundestags geltenden Sonderregelungen.